

Globalisierte Zivilgesellschaft?

[weil]

Mary Kaldor: Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung (Edition Zweite Moderne), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, 278 S., DM 38,00

Vor zwei Jahren löste der NATO-Lufteinsatz im Kosovo eine neue friedenspolitische Debatte aus. Jedoch blieb eine Diskussion über die längerfristigen Perspektiven einer erneuerten Außen- und Sicherheitspolitik aus. An dieser Stelle setzt Mary Kaldors Untersuchung an. Die Autorin geht davon aus, dass sich seit den achtziger Jahren eine neue Form organisierter Gewalt herausgebildet habe. Hierfür verwendet sie den Begriff „neue Kriege“.

Zum einen will sie deutlich machen, dass die im 19. und 20. Jahrhundert entwickelten Kriegskonzeptionen für eine Analyse der aktuellen Auseinandersetzungen nicht mehr ausreichen. Zum anderen geht es ihr gleichzeitig darum, mit dem Begriff Krieg weiterhin den politischen Charakter derartiger Gewaltakte deutlich zu machen. „Neu“ seien vor allem Ziele, Art und Finanzierung der Kriegsführung.

Die Autorin formuliert ihre Gedanken mit Hilfe globalisierungstheoretischer Annahmen. Kaldors Studie geht den Weg, das Spannungsfeld von Partikularismus und Universalismus friedensethisch und -politisch neu zu vermessen.

Als ein Kennzeichen globalisierter Politik benennt Kaldor den gewachsenen Einfluss von Nichtregierungsorganisationen. In der zivilgesellschaftlichen Perspektive, die das Buch grundlegend prägt, wird Kaldors eigener biographischer Hintergrund bei der Beschäftigung mit dem Thema deutlich: Die Autorin ist eine der Vorsitzenden der Helsinki Citizens' Assembly.

Nach einer längeren Einleitung, die sehr gut in Kaldors Gedankengang einführt, skizziert die Autorin zunächst die geschichtliche, politische, technische und rechtliche Entwicklung von den „relativ begrenzten Kriegen“ des Absolutismus bis zu den „totalen Kriegen“ des 20. Jahrhunderts. Den Endpunkt markiert die Phase des Kalten Krieges. Ein besonderes Augenmerk wirft Kaldor auf die historische Rolle, welche die Nationalstaaten in diesem Prozess gespielt haben.

Ausführlich wird der Krieg in Bosnien-Herzegowina geschildert, in dem Kaldor sehr gut den von ihr vertretenen Typus eines „neuen Kriegs“ zu erkennen glaubt. Den Ereignissen in diesem Teil des ehemaligen Jugoslawiens komme ihrer Meinung nach eine „Schlüsselstellung“ für die zukünftige europäische Sicherheitspo-

litik zu. Weitere Konflikte, welche die Studie behandelt, sind die beiden Golfkriege, die zahlreichen Kriege in Afrika, auf dem Kaukasus und in Südasien.

Die „neuen Kriege“ analysiert Kaldor im Mittelpunkt ihrer Studie unter zwei Aspekten: im Blick auf die damit verbundenen politischen Ziele und ökonomischen Prozesse.

Dabei zeichnet die Autorin ein ambivalentes Bild der Globalisierung: Dem Rückgang nationalstaatlicher Muster stünden neue Formen der Regionalpolitik gegenüber; kosmopolitische Tendenzen vermengten sich mit partikularistischen Bestrebungen. Die Politik der Moderne, die von umfassenden Zukunftsprojekten und zentralen Ideen geprägt war, sei an ein Ende gekommen.

Als Gegenbewegung zur Globalisierung macht Kaldor eine „Politik der Identität“ aus. Mit diesem Begriff fasst sie Bewegungen zusammen, die auf der Basis „ethnischer, rassischer oder religiöser Identität“ fußen (im Sinne eines engen Identitätsbegriffes, wie sie ausdrücklich betont). Derartige Bewegungen rekrutierten sich aus der Desintegration und dem Zerfall moderner staatlicher Strukturen und seien vielfach ein Antwortversuch auf schwindende Legitimität und zunehmende Ohnmacht der politischen Klasse. Eine solche Politik könne sich leicht gewaltsam entladen.

Deutlich wehrt sich Kaldor gegen Auffassungen, hier würden vormoderne und lediglich lang unterdrückte „alte“ Konflikte von Neuem aufbrechen. Vielmehr verliehen die Auswirkungen der Globalisierung diesen eine ganz neue, bisher nicht gekannte Qualität. Beispielhaft erwähnt Kaldor den Einfluss, den Diasporagruppen von Außen auf nationalistische Konflikte ausübten: Emigrantenzirkel in den Kaffeehäusern fremder Hauptstädte habe es schon immer gegeben; die heutigen Kommunikationsmöglichkeiten (z. B. Internet) seien aber mit früheren Zeiten nicht zu vergleichen.

Das Kapitel zur „globalisierten Kriegswirtschaft“ ist in seiner Überschrift etwas irreführend. Die Autorin untersucht hier nicht nur die Ressourcenströme, aus denen sich die „neuen Kriege“ speisen. Ferner geht das Kapitel auch auf die damit verbundenen Akteure und Handlungsmuster ein. Kaldors These besagt, dass die „neuen Kriege“ sich gerade durch eine fehlende Unterscheidung von politischer und ökonomischer, privater und öffentlicher, militärischer und ziviler Sphäre auszeichneten.

Viele diplomatische Bemühungen zur Beendigung von Kriegen in der jüngsten Zeit waren wenig erfolgreich, weil man die Sozialbeziehungen der zu lösenden Konflikte nach den alten politischen Mustern beurteilte. Die Konfliktparteien im Sinne der „alten“ Kriegskonzeptionen als Staaten zu behandeln, musste scheitern, weil die Gewaltursachen gerade im Zerfall der politischen und ökonomischen Ordnung zu suchen seien.

Einen Ausweg aus der Sackgasse gewaltbereiter Partikularismen sieht die Autorin in der Stärkung jener Politikkonzepte, die auf Universalismus und Mannigfaltigkeit statt Ausgrenzung und Isolation setzen. Um dies zu erreichen, sollten regionale oder individualistische Konzepte, die sich um friedliche Lösungen bemühten, durch transnationale und globale Netzwerke gestärkt werden.

Auf dieser Linie liegt dann auch die „kosmopolitische Alternative“, die Kaldor unter Berufung auf Vorstellungen Kants entwirft. Der Begriff ist dabei durchaus wörtlich zu nehmen, denn Kaldor geht davon aus, dass ein tragfähiger Friede nicht auf der Grundlage von Zielen einer der beiden Kriegsparteien erreichbar sei. Die Vision einer an humanistisch-universalistischen Werten ausgerichteten Politik zielt auf die Achtung bestimmter rechtlicher Prinzipien von der lokalen bis zur globalen Ebene.

Kaldor versucht hier, das Konzept einer Zivilgesellschaft zu globalisieren und im Blick auf eine Art „Weltinnenpolitik“ zu erweitern. Unabdingbar seien die Partizipation von Individuen und Gruppen vor Ort, der Aufbau von „Inseln der Zivilität“ und der Einbezug lokaler Experten.

Deutlich wird, dass der Einsatz unparteiischer, aber nicht unbedingt neutraler internationaler Truppen verstärkt polizeiliche Aufgaben umfassen müsse. Nicht mehr Friedenssicherung oder -erzwingung, sondern Rechtsdurchsetzung laute die Parole. Hierzu gehöre der Wille, Einzelpersonen als Kriegsverbrecher festzunehmen und Menschenrechtsverstöße auch ohne Sieg einer Kriegspartei zu ahnden.

Kaldor beschließt ihre Studie mit der Gegenüberstellung dreier konkurrierender Konzepte: Kampf der Kulturen, neue Anarchie, rechtsstaatlicher Kosmopolitismus. Ihre Überlegungen resultierten mehr aus Hoffnung als aus Zuversicht, betont die Autorin. Dennoch legt sich Kaldor weder auf eine pessimistische noch eine optimistische Sicht fest. Der Mensch sei weder auf Barbarei noch Zivilität festgelegt; er müsse vielmehr seine Zukunft immer wieder neu wählen und gestalten.

Auf Grund der aktuellen Entwicklungen hat Kaldor der deutschen Ausgabe ihres Buches noch ein Nachwort über den Krieg im Kosovo beigefügt. Dabei wird die einseitige Luftstrategie des Westens kritisch betrachtet. Angesichts der anhaltenden Diskussionen um diesen NATO-Einsatz können die hier dargebotenen Überlegungen noch nicht den Wert eines „Schlusswortes“ beanspruchen.

Kaldors Gegenüberstellung von Globalisierungstendenzen auf der einen und partikularistischen Identitätskonzepten auf der anderen Seite vermag aufzuzeigen, warum bestimmte überkommene friedenspolitische Positionen nach dem Ende der bipolaren Weltordnung nicht mehr weiterführen. Allerdings sollte nicht der Fehler gemacht werden, den globalisierungstheoretischen Zugang der Studie als monokausales Erklärungsmuster zu verallgemeinern.

Kaldors Plädoyer für einen politischen Universalismus, der vielfach mit humanistischen, zivilen oder rationalen Implikationen verbunden wird, wirkt in seiner Argumentation an einigen Stellen oberflächlich. Die im wissenschaftlichen Diskurs (nicht zuletzt unter Berufung auf postmoderne Theorieangebote) zu beobachtende Abwehrhaltung gegenüber universalistischen Ansätzen und die damit verbundene Tendenz, sich einem Neotraditionalismus zuzuwenden, hätte dazu herausfordern müssen, das Modell eines friedenspolitischen Kosmopolitismus in seiner theoretischen Begründung besser abzusichern.

Angesichts dieser Bewertung fällt auf, dass Kaldors Vorschläge für die Gestal-

tung einer kosmopolitischen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik sehr unkonkret bleiben. Die Erwartungen an ein derartiges Werk dürfen nicht zu hoch gehängt werden. Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Autorin Stichworte wie Multikulturalität, Zivilgesellschaft, Toleranz oder Integration schärfer gefasst hätte. Auch verdiente die Perspektive einer vorrangigen Prävention „neuer Kriege“ mehr Beachtung.

Positiv hervorzuheben ist Kaldors starke Betonung des Zusammenhangs von Friedens- und Entwicklungspolitik, besonders deutlich in der Forderung nach dezentraler und frühzeitiger Wiederaufbauhilfe.

Wichtige Denkanstöße vermittelt ihr Werk im Blick auf die Frage, wie die Instrumente der internationalen Politik und des Völkerrechts im Dienst einer zukünftigen Friedenspolitik weiterentwickelt werden sollten. Eine solche Diskussion ist jenseits aktueller und mitunter kurzfristig zu bewältigender Konflikte zu führen und sollte stärker als bisher eingefordert werden, wie es Kaldor mit ihrer Studie tut.

Axel Bernd Kunze

Die Verantwortung für den Rezensionsteil liegt ausschließlich beim Verlag.